

Druckbedingungen und Einzelgenabpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftszeit 9-8 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Konservative Zellenbildung.

Enthüllungen des Genossen Wels im Reichstag - Verlegenheitsreden Westarps.

Die Auseinandersetzungen über das Vertragswerk im Reichstag stehen im Zeichen grauesten Kagenjammers des Rechtsblocks. Er ist auseinandergebrochen. Die unheilvollen Wirkungen ihrer inneren Politik treten hervor, die Wirtschaftskrise schreitet vorwärts. Was Positives von der Wirkung des Rechtsblocks bleibt - der Vertrag von Locarno und der Eintritt in den Völkerbund - das ist zustandegelaufen nach den Richtlinien der Opposition.

Heute vormittag war deshalb die Stunde der Opposition. Genosse Wels legte in großen Zügen die große geschichtliche Bedeutung des Wertes von Locarno dar: Friede und Solidarität Europas einschließlich Russlands, Geist der Verständigung an Stelle des Geistes der Gewalt. Das sind die Linien, auf denen die Politik der Sozialdemokratie führt und auf denen sie die zögernden Parteien rechts von ihr mitgezogen hat. Der Rechtsblock ist bankrott, aber die Ideen der Sozialdemokratie bringen vorwärts.

Genosse Wels griff die Haltung der Deutschnationalen scharf an. Er zeigte an der Hand eines Protokolls der Sitzung des Vorstandes der Konservativen Partei, daß die Deutschnationalen sich in die alte konservative Partei zurückverwandeln, er geißelte die Haltung der Partei, die unter der Parole: „das Vaterland über die Partei“ die Klasseninteressen des Großgrundbesitzes über die nationalen Interessen stellt.

Zum Schluß entwickelte Genosse Wels die Forderungen, die die Sozialdemokratie an eine kommende Regierung stellt, und die die Grundlage der sozialdemokratischen Politik bilden werden.

Nach der Rede von Wels aber legte sich bleierne Schwere über das Haus. Westarp verteidigt die Haltung der Deutschnationalen. Er redet, geschäftsmäßig den Katalog der deutschnationalen Ablehnungsgründe herziehend. Seine Rede ist in der Form ein Gegenstück zur Rede Luthers. Es handelt sich für ihn nicht darum, im Parlament zu kämpfen, der Weg zur höchsten Agitation im Lande unbeschwert durch Bindungen in der Verantwortung ist ja nun frei. So trägt er Auslegungen der Verträge vor und operiert als echter Nationalist mit Meinungen und Äußerungen ausländischer Nationalisten, nüchtern und schwingelos.

Gegen den Schluß seiner Rede hin versucht er seinen Parteifreund Schiele zu bedecken und sich von dem Vorwurf zu reinigen, den der „Vorwärts“ ihm gemacht hat, daß er den deutschnationalen Parteitag über die Stellung der deutschnationalen Minister angelogen habe. Seine Rede wird dabei zur Verteidigungsrede für sich und Herrn Schiele. Herr Westarp erzählt, wie es angeblich gewesen sei, aber Herr Schiele, der genau sagen könnte, wie es gewesen ist, ist nicht da. Herr Westarp plädiert: Das ja vom 21. Oktober ist gleich dem Nein vom 26. Oktober. Wie ein Talmudist wendet er den Wortlaut der Kabinettsbeschlüsse hin und her, um daraus Material für seinen Beweis zu finden, daß die deutschnationalen Minister nur die Fortsetzung der Verhandlungen beschlossen hätten, ohne den Abschluß zu billigen.

Der Kagenjammer des Rechtsblocks bringt den Zwist der ehemaligen Bundesgenossen innerhalb des Rechtsblocks mit sich. Eine starke Spannung besteht zwischen der Kumpfregierung und der ehemals stärksten Regierungspartei. Herr Luther sitzt auf seinem Stuhle, den linken Arm über die Lehne, das Gesicht Westarp zugewandt, neben ihm Stresemann, eifrig Notizen machend. Luther wirft Stresemann einige Worte hin, der nicht. Dann ein erregter Zwischenruf Stresemanns, ein pointierter Zwischenruf des Reichszensors: die Spannung besteht.

Aber besteht ein Kampf? Die Regierung ist nur noch eine Schattenregierung. Als Genosse Wels die Worte sprach: Die Regierung habe nur noch die Aufgabe, in London zu unterzeichnen und dann in Berlin zu verschwinden, da rief Herr Luther heftig bejahend mit dem Kopf. Er wird den Vertrag von Locarno geschäftsmäßig unter Dach und Fach bringen. Aber wird die Kumpfregierung gegen die Darstellungen Westarps ankämpfen? So ist das Parlament in einer eigenartigen Situation. Es hat eine große Mehrheit für den Vertrag. Die Entscheidung ist bereits gefallen. Aber es ist ein Parlament ohne Regierung, die die Führung einer bestimmten Politik hätte. Die fachliche Führung in der wichtigsten außenpolitischen Frage, die zur Debatte steht, ist auf die Opposition übergegangen.

Auch heute sind Haus und Tribünen stark besetzt. Am Ministerisch: Reichszensor Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Arbeitsminister Brauns, Reichswahlminister Schiele. Präsidium Löbe eröffnet um 10.20 Uhr die Sitzung. In einer Privatklage gegen den Abg. Dr. Pfes (Soz.) wegen angeblicher Beleidigung wird die Aufhebung der Immunität beantragt. Der Antrag geht an den Geschäftsordnungsausschuß. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die

Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Als erster Redner spricht für die Sozialdemokratie

Otto Wels:

Wie man auch zu dem Vertrage von Locarno und dem Eintritt in den Völkerbund stehen mag, ein jeder fühlt es, wir stehen am Scheidepunkt der europäischen Politik. Es fragt sich ob eine neue Welt, in der der Gedanke des Friedens die lebende Kraft haben soll, das Leben der Völker Europas in Zukunft beherrschen wird, oder ob die Gewalten der Vergangenheit, die auf Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen beruhen, dem moralischen und materiellen Wiederaufbau den Weg dauernd versperrten sollen.

Europäische Solidarität oder neue Kriegsbündnisse?

Die ungeheure Wirtschaftskrise, die sich über die Welt erstreckt, zwingt allen Staaten, allen Bevölkerungsschichten die Erkenntnis auf, daß der Periode des Wiederaufbaus nach den Jahren der kriegerischen Zerstörung die Wege geebnet werden müssen durch ein neues Verhältnis der Staaten Europas zueinander, und nicht zum wenigsten die Arbeiterklasse, daß ihre gesteigerte Kollage mit diesen Krisenzuständen im engsten Zusammenhange steht.

Sie war und ist deshalb die Vorkämpferin aller Maßnahmen, die zur Beseitigung dieser wirtschaftlichen Krisenzustände führen können

und sie steigert ihre Bemühungen in der klaren Erkenntnis, daß aus den Krisen der Wirtschaft sich solche der allgemeinen Politik

Briand vor der Regierungsbildung.

Entscheidung der Sozialisten heute nachmittag.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Briand, der im Laufe des Montagabend mit zahlreichen Parlamentariern, vor allem auch mit Herriot, Loucheur, Paul Boncour und dem Präsidenten des Senats De Selves konferierte, hat sich seine endgültige Entscheidung auf Dienstag vormittag vorbehalten.

Nach der „Ere Nouvelle“ soll Briand erklärt haben, daß er das neue Kabinett nur bilden werde, wenn Herriot und Painlevé bereit sind, ein Ministerium zu übernehmen.

Die sozialistische Fraktion und der sozialistische Parteivorstand treten am Dienstag nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um sich über die Beteiligung an der Regierung zu entscheiden.

entwickeln müssen, die schließlich alle Bemühungen vergebens machen, der wirtschaftlichen Zerstörung, die auf den Krieg folgte, ein Ende zu bereiten.

Wir brauchen nur an die ungeheure Arbeitslosigkeit zu denken, unter der England seit Jahren leidet, die in Deutschland in Verbindung mit der Inflation nur zeitweise unterbunden wurde, und sich jetzt von neuem auf uns herabwälzt. Wir brauchen nur an die Finanzschwierigkeiten Frankreichs und anderer Länder zu denken und an die politischen Schwierigkeiten, die sich aus dem Bemühen, ihrer Herr zu werden, jetzt wieder in Frankreich ergeben.

Die deutsche Arbeiterschaft, so schwer sie mit dem ganzen Lande unter der Lastung und den gegenwärtigen Krisen leidet, hat diese Zusammengehörigkeit europäischen Wirtschaft und Politik seit langem erkannt. Diese Erkenntnis war insbesondere seit dem Zusammenbruch der Leitern der Politik der deutschen Sozialdemokratie. Das Bedürfnis der Welt nach Ruhe und Stabilität darf nicht vorübergehen, ohne das wir es den Bedürfnissen Deutschlands und seiner Arbeiterklasse nutzbar gemacht haben.

Die Stunde zwingt zum Handeln.

Die Zahl der verpassten Gelegenheiten ist in Deutschland gerade groß genug, als daß sie vermehrt werden dürfte. Was seit Jahrzehnten in Europa fehlte, das Bedürfnis einer europäischen Solidarität, es ist heute ein sichtbares Bedürfnis aller Völker geworden. Es zeigt sich allerdings jetzt mehr denn je die Notwendigkeit, daß die Allgemeininteressen Europas, die mit denen jedes einzelnen Landes zusammenfallen, den selbstsüchtigen Interessen bestimmter Eliten, Gruppen und Parteien vorangehen müssen.

Das sage ich vor allen Dingen gegenüber der Agitation der deutschnationalen Volkspartei, die jetzt nach allem Schwanken und Zögern laut in die Welt hinausschreit, daß sie mit ihrer Ablehnungspolitik allein von allen Deutschen das Vaterland wahrhaft liebt.

Wie fragen Sie, wissen Sie, was kommt? Wissen Sie, was Deutschland zu leiden haben kann? Wissen Sie, was Deutschlands Arbeiterklasse, seinem proletarisierten Mittelstand, seinen Bürgern und seinen Beamten droht, wenn Locarno abgelehnt würde, abgelehnt von Deutschland allein, nachdem seine Annahme in allen anderen Parlamenten Europas zur Tatsache wird?

Wenn Deutschland sich isoliert, wenn Deutschland damit zum Ausdruck bringt, daß es dem Geiste der neuen Zeit keinerlei Konzeption zu machen bereit ist? Wenn es sich zwar ohnmächtig und entworfen dem Prinzip des Friedens entgegen zum Prinzip der Gewalt bekennt? Aber Sie glauben ja selbst nicht, daß es gleichgültig ist, ob die Verträge von Locarno im Reichstage abgelehnt werden oder nicht. Als Herr Stresemann am 9. Februar 1925 sein Sicherheitspaktangebot, das die Herren Deutschnationalen als eine Privatbotet angesehen waren, absandte,

da war jene Denkschrift bereits fertig gestellt, die unter dem Datum des 20. Februar 1925 die Grundlinien der Außenpolitik des Herrn Luften Chamberlains feststellte. Jene Denkschrift, die klar als Ziel der englischen Politik

die Errichtung einer neuen Entente

festlegte. Jene Denkschrift zeigt klar, daß nach der Ablehnung von Locarno durch den deutschen Reichstag Europa durch England zu einer neuen Bündnispolitik zusammengeführt würde und daß Deutschland von dieser neuen Entente schon heute nach der Maßgabe einer künftigen militärischen Größe behandelt würde; denn jener Satz läßt Zweifel nicht übrig, mit dem die Stellung gegenüber Deutschland eingeleitet wird:

„Obwohl Deutschland zurzeit völlig außerstande ist, Angriffshandlungen zu unternehmen, so wird es doch sicherlich mit seinen großen Möglichkeiten der Kriegskemie früher oder später wiederum eine bedeutsame militärische Größe darstellen.“

Die Tatsache, daß man sich in England über das Uninnige der deutschen Ostgrenzen völlig im Klaren ist, geht aus dieser Denkschrift im weiteren hervor und wenn die Denkschrift schließt, daß die wesentlichen Interessen der englischen Reichsverteidigung aufs engste mit einer europäischen Sicherheitspolitik verknüpft sind, so findet dieser Schluß eine Krönung in dem Satz:

„Die vornehmste Hoffnung auf eine Beseitigung der Verhältnisse in Europa liegt in einer neuen Entente zwischen dem britischen Reich und Frankreich.“

England hat ein lebendiges Interesse daran, Deutschland als einen gefunden Faktor in der europäischen Mächtegruppierung zu sehen. Diese Situation zu benutzen, ist deshalb die erste politische Aufgabe des Reichstages. England ist, das beweist jene Denkschrift, gezwungen, an seine Sicherheit zu denken. Nehmen Sie Locarno ab, dann wird dieses Dokument vom 20. Februar 1925 wiederum lebendig und es tritt an die Stelle der Verträge von Locarno.

Rußland und der Völkerbund.

Die Kommunisten aber mögen bedenken, daß der Vertrag von Locarno kein Wort gegen Rußland sagt, daß jene Denkschrift aber in ihrem Ausgangspunkt sich mit dem russischen Problem befaßt. Im Gegenlag zur Denkschrift sagt Chamberlain in seiner Rede im englischen Unterhaus über Locarno:

„Locarno ist ein Vertrag, der auf niemand abzielt, gegen niemand eine Spitze hat und niemand bedroht.“

Offenbar halten Deutschnationale und Kommunisten gerade dies für das Tadelnswerte an dem Vertrag. Sie kündigen ihm deshalb erbitterte Feinde an. Das aber sollten die Kommunisten doppelt bedenken, die die Entscheidungsfrage gegenwärtig so stellen: Locarno und Westverträge oder Ostorientierung, Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland!

Das ist ein Rückfall in die Methoden des imperialistischen Denkens in der Außenpolitik, die das verhängnisvolle System der großen Kriegsbündnisse in Europa gegründet und den Weltkrieg heraufbeschworen haben. Es gilt bei dieser Entscheidung nicht nur die Frage Ost- und Westorientierung, sondern es geht darum, eine Etappe zu gewinnen auf dem Wege,

nicht nur den Westen, sondern auch den Osten Europas in ein großes Vertragssystem zusammenzuführen.

Wir brauchen kein Bündnis mit Sowjetrußland. Deutschland und Rußland haben den Vertrag von Rapallo miteinander abgeschlossen, vor den Toren von Locarno gelangte der deutsch-russische Handels- und Wirtschaftsvertrag zum Abschluß. Hinter diesem Vertrage steht auf deutscher Seite der Wille, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, wirtschaftliche Vorteile aus der Verbindung mit Rußland zu ziehen und ihm beim Aufbau seiner Wirtschaft zu helfen. Rußland kann nicht aus der europäischen Wirtschaft und seinem Völkerleben ausgeschlossen werden ohne schwere Schädigung der übrigen Welt. Deshalb denkt kein Mensch in Deutschland daran, sich nach dem Besten deshalb zu orientieren, weil er zwischen Rußland und Deutschland einen Korridor ziehen wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Welches Bündnis soll über dem Rapallo-Vertrag, über dem Handels- und Wirtschaftsvertrag denn noch zwischen Deutschland und Rußland geschlossen werden? Soll Deutschland und Rußland etwa ein Schutz- und Trugbündnis gegen die westlichen Staaten Europas schließen? Etwa eine Militärkonvention zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr? Man braucht nur daran zu denken, um die Unsinngigkeit des Gedankens zu erkennen.

Die Verantwortung für den Frieden Europas liegt nicht nur bei den Westmächten, sie liegt auch bei der russischen Regierung. Der Weg zum Frieden führt für Rußland wie für Deutschland über den Eintritt in den Völkerbund. (Sehr richtig! bei den Soz.)

In der Außenpolitik der Sowjetregierung vollzieht sich eine bedeutsame Wandlung: In der alten Politik ist sie schwankend geworden, einen neuen Weg hat sie noch nicht gefunden. Man kann deutlich sehen, daß in dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei sich ein heftiger Kampf abspielt, der noch unentschieden ist, dessen Ausgang jedoch durch die innere Entwicklung Rußlands und durch die gegenwärtige internationale Lage prädestiniert ist. Die traditionelle Politik der Bolschewiki bestand darin, daß man sich auf eine Weltrevolution (die in Europa oder in Asien ausbrechen soll) orientierte und Sowjetrußland zu einem Sammelpunkt für alle in Europa und Asien unterdrückten Nationen und Völker machen wollte. Dazu gehörte, daß man dem unter dem Einfluß des angelsächsischen Kapitals stehenden Völkerbund als einem Bund der Sieger, einen revolutionären Bund der Besiegten unter der Hegemonie Rußlands entgegenstellte. Am Ende dieses Weges stand der Krieg.

Die Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland, die Durchführung des Dawesabkommens und die sich daraus ergebende Annäherung Deutschlands an die Westmächte verfestigten der traditionellen Außenpolitik der Botschaft einen Todesstoß. Nach langem Hin und Her, dessen Spuren deutlich in der „Brawa“ vom 28. Oktober zu merken sind, scheint es zu einem Kompromiß gekommen zu sein, der in dem Leitartikel der „Brawa“ vom 11. November formuliert ist: Politische Mitarbeit mit dem Völkerbund, ohne jedoch ihm formell beizutreten.

Solange Rußland freiwillig abseits stehen bleibt, bedeutet das eine wachsende Isolierung Rußlands, die wie jede Isolierung und insbesondere im Hinblick auf die großen Gegensätze zum britischen Weltreich sich unter Umständen diplomatisch und wirtschaftlich sehr ungünstig für das Land auswirken kann. Aber das einzige Mittel gegen diese Gefahren ist der Austritt Rußlands aus der freiwilligen Isolierung, das Beitretensreiten auf dem Wege zum Völkerbund und — die innerpolitische Konsolidierung des Landes, durch Verzicht auf das System des politischen Terrors, das noch immer tragend der wirtschaftlichen und politischen Verhinderung mit unverminderter Kraft herrscht und fast ausschließlich sozialistische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle trifft, von denen fast 90 000 in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachten.

Beitritt zum Völkerbund und innerliche Demokratisierung, nicht Weltkriegsplane und Revolutionsabenteuer, dies ist auch für Rußland die einzige wirkliche Garantie des Friedens und der Sicherheit.

Die Deutschnationalen und Locarno.

Wir haben jetzt die große Aufgabe, die Stachelndrähne wegzuräumen, die noch überall von den Schützengräben des Krieges her übrig geblieben sind. In der Befestigung des Krieges bestanden wir wahrhafte Vaterlandsleute, mehr als wenn die, die an die Ideologie der Gewalt glauben, sich bemühen, immer neue moralische und geistige Sperrmauern zu errichten. Wir dienen der Verständigung, um durch Schiedsvertrag zur Sicherung, unter dem Völkerbund zur Abrüstung zu gelangen; denn wir wissen heute, wie recht jener Beschluß der englischen Arbeiterpartei vom 28. Dezember 1917 hatte, der aussprach:

„Von allen Kriegszielen ist keins so wichtig, als ein Mittel zu finden, um jedem künftigen Krieg vorzubeugen. Welcher Sieg auch erröchten werden möge, die Völker werden den Krieg verloren haben, wenn nicht einem künftigen Kriege vorgebeugt werden wird.“

Mit dieser Erklärung wies der frühere englische Minister Henderson erst kürzlich auf unserem Internationalen Kongress in Paris darauf hin, daß eine Revision der Friedensverträge im Geiste der Versöhnung und des guten Willens erzielbar sein müsse, daß das begangene Unrecht nicht durch eine Unantastbarkeitserklärung der Friedensverträge für ewig festgelegt werden dürfe, unsere Politik müsse dahin gehen, daß eine Revision lediglich durch Gewalt nicht erfolge, sondern durch den Ausbau des Völkerbundes.

Meine Herren Deutschnationalen, wo ist der Mann, der Ihnen politisch nahesteht, der im Ausland bisher solche Worte gesprochen hat? Für Sie ist brutaler Machtwillie ewiges Leitmotiv selbstjüchtiger Politik.

Für Sie ist, das hat das letzte Jahr bewiesen, ausschlaggebend zunächst ihr wirtschaftlicher Vorteil in der Innen- und Wirtschaftspolitik.

dann erst wenden Sie sich den außenpolitischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu. Denken Sie daran, daß der Graf Kallreuth, der Präsident des Reichslandbundes, es war, der in der „Deutschen Tageszeitung“ am 2. Juli ein offenes Bekenntnis ablegte, als er schrieb:

„Ich erkenne selbstverständlich die Notwendigkeit einer Klärung der Stellung in der Außenpolitik an, ich erkenne aber nicht die zwingende Notwendigkeit an, diese Klärung vor die Entscheidung der wirtschaftspolitischen Aufgaben zu stellen.“

Damit sprechen Sie klar aus, daß es Ihnen darauf ankommt, zunächst die Deute des Zolltarifs und der Steuergesetzgebung in die Scheuern zu bringen, daß Ihnen die Wahrung Ihrer engeren Wirtschaftsinteressen über das Wohl des Landes geht. Trotz alledem sind und bleiben Sie mit der Verantwortung für die Politik befaßt, die die deutsche Reichsregierung mit dem Memorandum vom 9. Februar eingeleitet hat. Ich habe den Herrn Reichsminister gestern nicht recht verstanden, als er davon sprach, daß wir, und damit meinte er wohl die Regierung, keinen Grund

hätten, über den Vertrag von Locarno besonders begeistert zu sein. Es ist doch das Wort der deutschen Reichsregierung, das von ihr eingeleitet, zu einem vorläufigen Abschluß kam und daß die Herren Deutschnationalen, die es heute nicht wahr haben wollen, damit aufs engste verbunden sind, beweist allein die Tatsache, daß es der Antrag des Grafen Westarp und seiner Fraktion sowie der übrigen Regierungsparteien war, der am 23. Juli 1925 zur Annahme kam:

„Der Reichstag billigt die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende politische Stellungnahme der Reichsregierung.“

Die konservative Geheimnisung.

Es ist ja überhaupt auch nicht wahr, daß die Herren Deutschnationalen immer so eintig in der Ablehnung des Sicherheitspactes bzw. der Locarnoverträge waren, wie sie jetzt tun. Das Gegenteil ist der Fall. Vielmehr ist der Herr Kollege Coerling so freundlich, hier vor dem Reichstag das zu wiederholen, was er in der

Sitzung des erweiterten Vorstandes der konservativen Partei

— die gibt es noch, Graf Westarp ist ihr Bannerträger — am 26. Mai 1925 im kleinen Saal des Reichslandbundes darüber gesagt hat. Damals schätzte er, Coerling, die Gegner des Pactes in der deutschnationalen Fraktion auf wenig mehr als ein halbes Duzend ein. In jener Sitzung, in der Graf Westarp ganz offen, aber streng vertraulich, über die politische Lage sprach, zeigte sich die konservative Partei als Aufnahmestelle für die eventuell gespaltenen Deutschnationalen. Ich bin im Besitz des Protokolls jener sehr interessanten Sitzung, die unter dem Vorsitz des neuen Vorsitzenden Dr. Graf Selblich-Sandrecht tagte. Ich weiß nicht, inwieweit dort der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, im Konflikt mit seinem Gewissen als Mitglied der konservativen Partei sich befand. Jedenfalls glaubte er sich für seine hier im Reichstoge gehaltene Rede rechtfertigen zu müssen, für seine Streifemann gegenüber geübte Juridikation. Graf Westarp sagte dort nach dem mir vorliegenden Bericht, nachdem er sich der Besprechung des Memorandums vom 7. Februar zugewandt:

„Bei dieser Debatte standen wir unmittelbar vor der Frage, ob wir jetzt durch scharfe Kritik zur Regierung zurückzukehren sollten. Wir kamen zu der Ansicht, daß jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei; wir hätten sie wohl im März herbeiführen können, aber jetzt heißt es, nur weiter unseren Einfluß in der Sache ausüben. Auch hatte ich bei der Etatsdebatte keinen Anlaß zum Vorstoß, wenn Stresemann sich zurückzieht. Wenn die Antwort von den Alliierten da ist, dann ist der entscheidende Augenblick, falls es nicht nach unserem Willen geht. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich meine Rede gehalten und auch meine Wochenchau geschrieben. Erstere ist bezüglich der Frage Eltsch-Lothringen unzulänglich, das weiß ich — aber sollte ich mich hinstellen und sagen: „Wir werden den Verzicht niemals ausprechen.“ Ich habe davon zurückgekehrt, dies zu tun. Solch Wort hat nach dem 29. August keine Wirkung mehr. Unsere Stellungnahme, so fährt er fort, ist genügend bei der Völkerbundfrage und bei der Schulfrage zum Ausdruck gekommen. Meine Rede sollte keine Rechtfertigung für Stresemann enthalten, aber diese Rede enthielt doch Wendungen, die zeigten, sein Anteil wehe wieder mehr nach rechts. Ich habe dies gelobt in der Absicht, ihn festzuhalten und eher eine Erweiterung seiner Politik nach rechts herbeizuführen.“ (Leb! Hör! hör! links und in der Mitte.)

Weiter heißt es dann in dem Protokoll: Graf Westarp betont, daß er in folgendem ganz offen, aber vertraulich spricht:

„Meiner Ansicht nach ist es unmöglich, dem Sicherheitspact zuzustimmen, und ich kann den Sicherheitspact mit der Anerkennung der westlichen Grenze nicht mitmachen, besonders bezüglich Eltsch-Lothringens halte ich es für eine Unmöglichkeit. Es ist dies ein nationales Ziel, das wir haben müssen, und an dem unser Nationalgefühl erkranken muß. Ich werde bestimmt nicht mitmachen, und ich bin der Meinung, daß in der Fraktion etwa 30—40 Herren hinter mir stehen und mir folgen werden. Aber ob die Fraktion hinter mir steht? Ich hoffe nicht, daß wir einen zweiten 29. August erleben werden.“

Westarps Enttäuschung über Hindenburg.

Recht interessant ist auch die Schilderung, die er über die Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg und die Persönlichkeit Hindenburgs selbst machte. Er sagt da: „Wir haben auch schon gewisse Enttäuschungen erlebt, z. B. seine Ansprache in der Funktion, daß kein Krieg den Deutschen helfen kann. Es fehlt

der Satz „in der jetzigen Zeit“. Das Bild der Vereidigung war auch nicht hervorragend, Hindenburg über den Farben Schwarz-Rot-Gold zu sehen.“

An anderer Stelle dieser Rede sagt Westarp dann:

„Bei dem Charakter Hindenburgs ist es sehr schwer, Einfluß auf ihn zu gewinnen. Man muß da sehr vorsichtig sein. Vorläufig folge ich dem Wort: „Dräng dich nicht zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst.“

In der Diskussion fragte ein Herr Wiegand den Grafen Westarp, ob es die Sprengung der Deutschnationalen Volkspartei bedeutet, wenn bei dem Sicherheitspact noch einmal ein 29. August komme. Nach dem Protokoll antwortete Herr Graf Westarp darauf:

„Ich als Vorsitzender der Fraktion würde eine solche Entwicklung nicht mitmachen. Eine Möglichkeit des Zusammenstehens gäbe es dann nicht mehr.“ Herr Dr. Coerling erklärt dann, an die 40 Gefolgsleute des Grafen Westarp bei der Ablehnung des Sicherheitspactes glaube er nicht, im entscheidenden Augenblick würden es nur 6 sein, und diese würden dann eliminiert werden. Auch den Grafen Westarp würde man beseitigen. Der Plan, die Deutschnationale Volkspartei konservativ zu machen, sei infolge des 29. August mißglückt. Der Vorsitzende, Graf Selblich, erklärte hierzu: „Wenn auch wirklich nur 6 Abgeordnete hinter dem Grafen Westarp stehen, so wird doch der Austritt der letzteren aus der Partei eine große Wirkung im Volke haben. Lösen sich aber, wie Graf Westarp meint, 40 Abgeordnete ab, so ist das gegebene Wort nicht mehr bindend, da die alte Deutschnationale Volkspartei dann ja nicht mehr besteht, und der Zusammenschluß zu einer konservativen Partei wäre gegeben.“ (Hört! hört! bei den Soz.)

Noch deutlicher wird Herr Hering, der sagt: „Falls die Deutschnationale Volkspartei jetzt wieder verlagert, so ist der Augenblick zum Herortreten unserer Partei gekommen. Da der Landesverband Hammern, wie vorher vom Geschäftsführenden Vorstandesmitglied gesagt wurde, zuverlässig konservativ sein soll, so müßte sich unsere Partei von dort aus wieder aufbauen. Ich glaube, daß eine nicht geringe Zahl deutschnationaler Reichstagsabgeordneter dem Grafen Westarp folgen werde.“

Meine Damen und Herren! Ohne mich in das Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrer Zelle, der konservativen Partei, zu äußern, bin ich mir gewiß, daß wir hier vor der eigentlichen Quelle der Beschlüsse stehen, die die Deutschnationale Volkspartei aus einer Beschwärmerin des Sicherheitspactes bis auf 6 bis 7 Abgeordnete nach Herrn Dr. Coerling zur einstimmigen Ablehnung gebracht hat. Die Partei über das Vaterland!

Unser Entschluß, nun vor allem das Wort von Locarno zu vollenden, läßt uns über die Tatsache hinweggehen,

daß wir uns einer Regierung gegenüber befinden, die einem Trümmerschuttens gleich.

Ich widerstehe also der Versuchung, die unheilvollen Erbschaften zu schildern, die Herr Schiele im Reichsministerium des Innern, Herr von Schlieffen im Reichsfinanzministerium, Herr Neuhaus in der Wirtschaft, Herr Frenken, der harmloseste unter den vier, in der Justiz zurückgelassen hat. Ich will auch nicht sprechen von den Zuständen im Arbeitsministerium, das auf dem besten Wege war, sich zu einem Arbeitsministerium zu entwickeln, ich will nicht sprechen vom Grafen Kanitz und nicht davon, wie er die Landwirtschaft geschädigt hat. Nicht einmal von Herrn Gessler will ich sprechen und nicht davon, wie die Reichswehr die Republik schädigt. Ich will von alledem nicht sprechen, weil ja dieser Rest von einer Regierung sich selber nur noch die Aufgabe auferlegt, in London zu unterzeichnen und dann in Berlin zu verschwinden. (Beifall bei den Soz.)

Aber zusammenfassend darf ich doch feststellen, daß diese verweltete Regierung, von der nur noch ein Schatten vorhanden ist, auf allen Gebieten verlagert hat, abgesehen von dem einen, auf dem sie nach den Richtlinien der Opposition, nach den Richtlinien der Sozialdemokratie marschierte, eben auf dem Gebiete der Außenpolitik.

Es wird nun gesagt und anerkannt, daß Deutschland eine Regierung braucht, die auch innerlich zu Locarno steht. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß das so einfach sein wird, denn die Verträge von Locarno haben es, wenn der Ausdruck erlaubt ist, in sich. Das Ziel dieser Verträge ist der Schutz des Friedens. Aber der Friede ist nicht geschützt, sondern bedroht, wenn die Republik bedroht ist. Der Friede ist nicht geschützt, sondern bedroht, wenn sich die sozialen Gegensätze unter dem Druck der Not bis zu einem Grade steigern, der zu Erschütterungen und dauernder Unruhe führt. Die Ausführung der

Im Motorboot ins Bureau.

Von Anna Hamburger-Ludwig.

Berlin könnte seinen Canal grande haben! Wenn ihn auch der blaue Himmel fehlt, die Palazzo sich vertreten lassen durch gräßliche Mühseligkeiten — der „Ponte de Sospiri“ (Seufzerbrücke) ist über der Spree im Plural da: gefeilt wird überall. Vaporetti — sprich Motorboote — zu schaffen, kann doch trotz Schleusen in der Zeit des Radio und der Flugzeuge keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen. Und endlich hätte Berlin nächst den bestehenden eine menschenwürdige Verbindungsbohr! Kein graufiger Stroh- und Schwefelkasten unter der Erde — unentrinnbare Nähe mit entsprechenden Krankheitsüberbreitung — kein hoffnungsloses Warten auf überfüllte, dumpe Straßenbahnen! Eine gewisse Grazie würde in diese dufflose Proding Berlin kommen, wenn die abgearbeiteten Menschen auf einem luitigen Verdeck mit Plänen gegen Regen und im Sommer ganz frei einhalb bis drei Viertel des Jahres zu ihren verschiedenen Geschäften fahren könnten.

Am Hofe Friedrich I. hat man vor nun 200 Jahren die Spreefahrt vom Berliner Schloß zum Charlottenburger Schloß auf Booten (ohne Motor) zum Vergnügen und zum Frühlingskaffee im Charlottenburger Schloßpark arrangiert. Warum sollten wir sie nicht zum Königsten gebrauchen? Zudem hilft uns der Bandwehrtanal von der Schleuse im Tiergarten (Bahnhof Zoo) bis zu den südlichen Ufern, weit hinter dem Halleschen Tor. Ein Bild auf die Karte Berlins genügt. Die Haltestellen in der Nähe der wichtigsten Kreuzungspunkte sind geradezu gegeben und können alle Bänke herbeiführen. Anzugesellen zu schaffen, können Hunderte von Arbeitslosen schnellstens beschäftigt werden. Denn die Sache ist. Wir wollen im Mai 1926 in weichen Kleidern und Wachsanzügen auf lustigem Verdeck sitzen, wollen zeigen, daß wir uns nicht erdrücken lassen, wollen zeigen, daß wir aus unsinniger Not innereiche Tugend zu machen wissen. Ertragen ist eine kleine Tugend, Umlichkeiten eine große. Schwierigkeiten? Menschen, die U-Boote erfinden zu teuflicher Herstellung, werden wohl Motorboote zu menschlicher Genesung herausbekommen. Geht? Menschen, die vier Jahre Erdball-Zerfleischung finanzierten, werden wohl ein halbes Jahr Auslagen zur Erleichterung einer gequälten Stadt aufbringen. Utopie? Die Utopie von gestern ist die Wirklichkeit von übermorgen. Es haben sich größere Utopien erfüllt.

Antisemitischer Weltkongress.

Von Hans Bauer.

Die Antisemiten haben vor einigen Wochen zu Budapest einen internationalen Kongress abgehalten. Eigentlich sollte über ihn nichts in die Öffentlichkeit dringen. Man hatte keine Gründe. Ein rumänisches Blatt hat aber nicht dicht gehalten, und daher findet auch ein Teil der deutschen antisemitischen Blätter keine Veranlassung mehr, die Sache zu verschweigen.

Es waren Vertreter aus Frankreich, Polen, Deutschland, Schweden, England, Norwegen, Rumänien, Amerika, Italien anwesend, und diese Vertreter haben sich einmal ordentlich ihren Antisemitismus von der Leber heruntergeredet, was ja hier um so mehr ohne Bedenken und Furchen geschehen konnte, als man vor gleich-

dummen Zuhörern sprach und also keine Gefahr lief, sich zu blamieren.

Als Ergebnis der Konferenz ist zu buchen, daß volle Einmütigkeit erzielt wurde. Man war ein Herz und eine Seele. Es wurde feierlich festgestellt, daß die Völker der Welt leicht in Ruhe und Frieden miteinander auskommen könnten, wenn sie das Indemum ausstießen. Bewußt waren die nationalen Gegensätze. Die Deutschen sahen neben den Franzosen und Polen und haben nicht ein, wie so man mit den Angehörigen fremder Völker nicht in Freundschaft auskommen könnte. Das waren doch alles liebenswerte Menschen ohne Fehl und Tadel, nicht besser und nicht schlechter als sie selbst. Gehörten sie mit ihnen nicht zusammen? War es nicht an der Zeit, daß in allen Völkern das heilige Gefühl der Brüderlichkeit erwachte? Man wurde sich der Internationalität des menschlichen Herzens bewußt, der Sinnlosigkeit des Auseinanderinhadens: kurzum dessen, was eigentlich die Juden immer sagen, die ja auch ihrer internationalen und pazifistischen Gedankengänge wegen ordentlich vernünftiger wurden.

Die nationalischen Blätter vermuten, daß den Juden ein heilsamer Schreck in die Glieder fahre, wenn sie von dem internationalen jüdenfeindlichen Weltkongress hören und von dem Unwillen der Rationalisten, sich länger gegeneinander auszuspielen zu lassen, statt sich zugunsten einer internationalen Offensive gegen die Juden zu vertragen.

Die internationale Solidarität war bisher ein Gedanke, dessen hoher Schwung nicht zurecht aus der erfreulichen Tatsache resultierte, daß antisemitische Dummtheorien ihm fern standen. Ein Wigwort, das vor zwei Jahrzehnten auffam, behauptete, aus dem Antisemitismus könne erst dann etwas werden, wenn ein tüchtiger Jude komme und die Sache in die Hand nehme. Aber wehe der gerade von den Antisemiten als jüdisch verschrieenen Internationalist, wenn ein Antisemit in ihr herumspulst!

Dresdener Jahreschau und bildende Kunst. Zur Gewinnung eines plastischen Schmuckes der Jubiläumsgartenbauausstellung 1926 der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden wird eine Reihe von Plastiken gebraucht, die an besonders bevorzugten Standorten innerhalb des zum Ausstellungsgelände hinzugehörigen Teiles des Großen Gartens aufgestellt werden sollen. Es werden Plastiken benötigt von etwa einem Meter an bis zur Ueberlebensgröße, wobei Einzelstücke in Frage kommen wie auch Paare und einzelne Reihen bis zu acht Stück großer Plastiken. Die bildenden Künstler Deutschlands werden aufgefordert, die Photographien ihrer Arbeiten der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden, Bennestrasse 3, baldmöglichst einzusenden. Eine Verbindlichkeit übernimmt die Jahreschau durch diese Einreichung nicht. Die Kosten für den Hin- und Rücktransport der auf Grund der eingelangten Photographien ausgewählten Plastiken werden zugesichert, eventuell auch ein Unkostenzuschuß zur Beschaffung des vom Künstler verwandten Modellmaterials.

Chordierat Berlin-West. Das Herkörtzert dieses Keinen, aber rührigen Chors unter der bewährten Leitung Fritz Stempels fand im Schöneberger Rathaus statt. Was es bei strengeren, schmerzigen Chören, so dem „Märzwind“, „Sturm“, manchen kleinen „Wischer“ abgeben, so ist die überaus liebevolle Zusammenarbeit aller

vollständlichen Gefänge, namentlich nach einer vorbildlichen Textausprache hin, nicht zu verkennen. Gewisse Piano-Effekte und Stimmgangserschöpfungen sind bei Fritz Stempel immer ein Genuss. Das Dohle-Trio, bestehend aus den vortrefflichen, bekannten Künstlern Julius Dohle, Kurt Vogel und Ray Schulz-Fürstberg, erfreute die aufgelaunten Zuhörer mit mehreren Trios und Solostücken. S. M.

Armin L. Wegner liest auf Einladung der Volksbühne am Dienstag, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Ritterhaus der Oper am Königsplatz, aus seinen Werken vor. Einlaßkarten 2, 0,00.

Die Volksbühne veranstaltet am 28. abends 8 Uhr im Konzertsaal der Hochschule für Musik einen Schuberthabend, bei dem das Heymann-Quartett „Der Tod und das Mädchen“ und das Hörselquartett unter Mitwirkung von Artur Schnabel zum Vortrag bringen wird. Frau Schnabel singt Lieder, die Artur Schnabel begleitet.

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, findet am Freitag, dem 27. die Aufführung von Sunalsharsh's Drama „Der zerbrochene Krug“ statt. Die Titelrolle spielt Friedrich Kappeler. Regie: Fritz Voll. Bühnenbilder und Kostüme: Edward Sühr.

In der Schriftreihe „Deutsche Liga für Völkerbund“ fehlen dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 31 V, die Hefen 3 bis 6 und 14 ff. Um gefällige Einreichung gegen gleichwertigen Lohn oder gegen Bezahlung wird im Interesse der Sammlung gebeten.

Graf Kestring spricht im Bildhauersaal am 28. Nov. über „Geschichte als Tragödie“, am 2. Dez. über „Die neuzeitliche Welt“ und am 3. Dez. über „Schicksal und Freiheit“. Karten bei der Kongressdirektion N. Docton, Knechtelstr. 14.

Die Gemäldegalerie Karl Nicolai, Victoriastraße 26a, hat in ihren Räumen eine Ausstellung deutscher Meister errichtet, die einige der bedeutendsten Werke von Liebermann, Corinth, Eisenlohr, Trübner, Thoma, Menzel, Feuerbach, zeigt.

Die neue Kunstausstellung, Lauenburgerstr. 6, zeigt vom 23. November bis 15. Dezember von Paul Sachs's Werke, Zeichnungen und Radierungen aus Spanien.

Die Galerie Dr. Goldschmidt-Dr. Wackerstein, Schöneberger Ufer 26a, zeigt in einer umfänglichen Reihe von Gemälden, Skulpturen und Zeichnungen das Werk von Axel Heimann aus den Jahren 1923—25.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe spricht am 25. November Dr. Günther Freyler a. Pechmann, München, über „Das Kunstgewerbe Europas“. Eintritte und Zeichnungen auf den internationalen Kunstgewerbeausstellungen in Wozna und Paris 1925, mit Bildern. Der Vortrag findet im Holoal des alten Kunstgewerbemuseums, Unter den Eichen 7a, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr abends. Eintrittskarten am Saaleingang.

Frankösisches Nordpolarpedition. In Paris wird eine Expedition zur Erforschung des Nordpols unter Führung des Marineleutnants Galle gebildet. Sie soll Ende April 1926 von Danzig aus nach Spitzbergen abgehen, das ihr als Operationsbasis dienen soll. Die Reise soll 4—5 Monate dauern.

Der 41. Palaeontologenkongress wird vom 7.—10. April 1926 in Warschau tagen. Die Grundthemen des Kongresses sind: Palaeontologie der Gesteine, der Fossilien und der Pflanzen (auch von Nichtmitgliedern), die Möglichkeit diese Grundthemen zu behandeln, und bis zum 31. Dezember 1925 an den Generalsekretär der Palaeontologischen Gesellschaft, Herrn Dr. Max Fritsch, Charlottenburg, Braunauerstr. 16, zu richten. Zur Teilnahme an dem Kongress sind auch Nichtmitglieder eingeladen.

Beiträge von Locarno kann also wirksam nur von einer Demokratie geleistet werden, die mit mehr als einem Tropfen sozialistischem Deis gesalbt ist.

Wollen Sie die Ausführung der Verträge von Locarno sichern, dann sorgen Sie dafür, daß in die bewaffnete Macht der Republik auch republikanischer Geist einzieht!

Sichern Sie den Achtfundentag durch schnelle Ratifizierung des Abkommens von Washington.

Der Geist von Locarno, der Geist von Weimar, der Geist von Washington gehören zusammen!

Bauen Sie die Sozialgesetzgebung nicht ab, sondern auf, erhalten Sie durch eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung Menschenleben und Arbeitskraft, den kostbarsten Teil des deutschen Volksertrags.

Nehmen Sie den Kampf gegen die Krise auf durch eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik, die den inneren Markt stärkt. Sorgen Sie für produktive Volkswirtschaften und verstärkte Auftragserteilung der öffentlichen Betriebe an die Industrie!

Haben Sie den Mut, zur Sicherung der Reichsfinanzien von den Reichen Opfer zu verlangen und nehmen Sie Lasten von den schwachen Schultern, die unter ihnen zusammenbrechen.

Ziehen Sie die Konsequenz aus dem vollständigen Fehlschlag Ihres Versuches, Landwirtschaft und Industrie durch die Mittel der bisherigen Zollpolitik zu schützen. Helfen Sie uns, den arbeitenden Landwirten wirklich zu helfen. Auf dem Wege, die wir gezeigt haben — statt, wie bisher dem Großgrundbesitz zuliebe, alles andere zugrunde gehen zu lassen! Erschließen Sie damit zugleich anderer Industrie neue Arbeitsgebiete! (Verbaltete Zustimmung bei den Soz.)

Ich glaube, wenn man es unterläßt, diese brennenden Probleme anzufassen, dann ist es ziemlich zwecklos, auf dem Papier Koalitionen zusammenzusetzen und Mehrheiten zusammenzurechnen, das fällt doch alles wieder zusammen wie ein Kartenhaus. In kurzlebigen Versuchen wie den letzten — oder auch dem vom Herbst 1923 — hat das deutsche Volk kein Interesse. Es braucht einen getraden, dauernden, nach bleibenden großen Zielen stetig vordringenden Kurs der Politik. Dieser muß aber dem Kurse geradewegs entgegengeführt sein, den Sie in den letzten Monaten eingeschlagen hatten.

Der einzige Erfolg der Rechtskoalition konnte nicht erreicht werden ohne den Zusammenbruch der Koalition. Er kann heute nur durchgeführt werden gegen die Stimmen der bisherigen stärksten Regierungspartei. Die Deutschnationalen werden gegen die Verträge stimmen, die der von Ihnen gewählte Reichspräsident am Tage darauf unterzeichnen wird. Die Angriffe, denen der Reichspräsident wegen dieser bevorstehenden Unterzeichnung und wegen seiner bisherigen Haltung ausgesetzt war, sind kennzeichnend für den Geist ihrer Urheber.

Für uns Sozialdemokraten, und gewiß für viele andere auch, war es ein sehr interessanter Augenblick, als sich der General Ludendorff erhob, um dem Reichspräsidenten von Hindenburg seine Bedenken ins Gesicht zu schmeißen.

Da dachten wir uns, und viele andere dachten gewiß auch so: Da wird wieder einmal ein Stück von dem sichtbar, was das alte Deutschland zugrunde gerichtet hat. Lesen Sie die Memoiren! Wo war da unter den regierenden Kreisen in der Zeit der höchsten Not Einordnung, Unterordnung, Disziplin, Kameradschaftlichkeit? Nichts davon ist zu erblicken, man sieht da oben an der Spitze nur einen Krieg aller gegen alle, sieht nur Streberel, Intrigen und Schmäht. Jener Krieg aller gegen alle findet seinen letzten Höhepunkt in dem Kapitel: Ludendorff gegen Hindenburg. Wo solche Angriffe walteten, mußte alles kommen wie es kam. Ruhe — ganz ohne Zwischstich — der Krieg verloren werden.

Dem General Ludendorff war zu seiner Selbstentzeichnung nichts mehr zu tun übrig, als die Abfassung jenes letzten Dokumentes bornierter Unerschämtheit, seines offenen Briefes an den Reichspräsidenten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Den Reichstagsabgeordneten Ludendorff sehe ich nicht auf seinem Plage. Ich nehme an, daß ihm der Mut fehlt, hier für das gerade zu stehen, was er brauchen tut.

Das Deutschland der Wilhelm, Tirpitz und Ludendorff ist tot. Etwas neues muß in unserem Vaterland, in unserem Weltteil entstehen. Wer das nicht begreift, ist dazu verurteilt, als Gespenst unter den Lebenden zu weilen, als Blinder unter Sehenden. Wer das nicht begreift, ist in politischer Unfruchtbarkeit geschlagen.

Am Ausgang des Krieges stehen zwei große Ereignisse: Der Überbergung Deutschlands zur Demokratie und — die Entdeckung Europas.

Diese politische Entdeckung Europas ist die Rückwirkung der geographischen Entdeckung Amerikas vor mehr als 400 Jahren. Sämtliche des Ozeans haben die jungen Völker eines neuen Kontinents ihre Schicksalsverbundenheit erkannt. Ungeheure Gebiete voll unerschlossener Naturkräfte, in denen der Verkehr durch keine Zollschranke gehindert wird, bieten Möglichkeiten eines ungeheuren Aufstiegs. Wir aber in Europa, eingeperrt in enge Nationalitäten, in Haß und in Mißtrauen voneinander getrennt durch blühende Erinnerungen, gehen dem sicheren Untergang entgegen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns von Fesseln der Vergangenheit zu befreien.

Der Weg zur Befreiung wird mit den Verträgen von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschritten.

Er ist noch weit, aber der erste Schritt wird damit getan. Es ist derselbe Weg, den die führenden Geister des internationalen Sozialismus schon vor dem Kriege gewiesen haben. 10 Millionen Menschen haben es mit ihrem Leben bezahlen müssen, daß die Völker um 1914 noch nicht reif waren für die Gedanken eines Jean Jaures oder eines August Bebel. Jetzt erst beginnt sich Verständnis dafür zu regen, daß wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaften miteinander verbunden sind, daß unsere inneren Hände und Streitigkeiten Erkärmlichkeiten sind und daß wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen usw. sein wollen. Der Krieg ist die furchtbarste Geißel der Menschheit, die ganze Welt von ihm zu befreien, ist unser Ziel, aber unseren eigenen Herd vor ihm zu schützen, das ist unsere nächste Aufgabe.

Von solchen Auffassungen geleitet, werden wir unter Zurückstellung aller nationaler Gesichtspunkte, den Blick nur auf das eine große Ziel gerichtet, dessen Erreichung unsere Besten nicht mehr erschöpfen dürften, für den vorliegenden Gesandtenwurf stimmen. Nicht Ihnen zuliebe, sondern uns zuliebe und der sozialistischen Arbeiterinternationale zuliebe, der wir damit geben, was sie von uns fordert. Wir nehmen den Gesandtenwurf an, als die Erfüllung unserer eigenen Forderungen, wir nehmen ihn an, als den Beginn eines Weges, an dessen Ende ein unter den siegreichen Fahnen des Sozialismus gerinigtes Europa steht. (Stürm. Beif. bei den Soz.)

Präsident Ebe teilt mit, daß von den völkischen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und außerdem ein Antrag eingegangen ist, wonach bei Annahme der Vorlage die Verkündung auf zwei Monate ausgesetzt werden soll.

Die Rede vom Genossen Wels wurde vom ganzen Hause mit größter Aufmerksamkeit angehört und an den markantesten Stellen durch lauten Beifall der sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt. Zumellen kam von der extremen Linken oder von den Bänken der Rechten ein Zwischenruf, wenn ein Hieb besonders sah. Als Wels ausrief: „Das Kabinett Luther habe nur noch die eine Aufgabe, in London zu unterschreiben und in Berlin zu veröffentlichen“, rief der Reichskanzler zum Zeichen der Bestätigung eifrig mit dem Kopfe, was allgemeine Heiterkeit hervorrief.

Graf Westarp

Der unabweisbar als Redner der Deutschnationalen zu Worte kam, suchte seine Vorlesung über das vom Genossen Wels verteilte Protokoll der Konferenzpartei durch die Behauptung zu verbergen, es enthalte sozial ausgefachten Unsinn, daß er der Sozialdemokratie zu dieser Entdeckung gratulieren könne. Das Lieb

„Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, so meint er weiter, sei ein Teil eines Potpourris gewesen, das am Schluß der deutschnationalen Tagung gesungen wurde. (Allgemeine Heiterkeit im Hause.)

Unsere Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund wurden auch von anderen Parteien geteilt und betrafen deutsche Lebensnotwendigkeiten. Dem entspricht Locarno nicht und darum ist es für uns unannehmbar. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Schiele war anderer Meinung!) Das ist falsch (Oh! links und in der Mitte), als falsch erklärt worden, und ich gehe darauf nicht mehr ein. (Heiterkeit.) Der Verzicht auf deutsches Land in Westpatt ist für uns unannehmbar, trotz aller deutschen Regierungserklärungen steht dieser Verzicht darin. (Das führt der Redner des längeren aus. An einer Stelle seiner Auslegungen und Zitate unterbrechen ihn Luther und Stresemann.) Von allen Seiten Staatsmännern liegen verschiedene Auslegungen vor. (Reichskanzler Dr. Luther: Die man aber doch messen muß an dem klaren Wortlaut des Vertrages. Lachen rechts.) Der Auslegung der anderen hat die Regierung nie widersprochen. Frankreich hat nach 1871 niemals freiwillig auf Elsass-Lothringen verzichtet. Der Westpatt läßt aber einen Verzicht auf deutsches Land herauslesen und erhält den Versailler Frieden aufrecht. Insbesondere die Sozialdemokratie hat ja stets diesen Verzicht des Westpattes betont.

Ferner läßt der Pakt Deutschland, dem Land der Mitte, nicht die nötige Handlungsfreiheit, insbesondere nach Osten wegen des Angewiesenseins von Deutschland auf Rußland und auch wegen unserer Ostgrenzen, die auch vom Völkerbund in Oberschlesien so gezogen sind, daß sie unmöglich für die Dauer so bleiben können. (Zurufe rechts.) Die Auslegung des Artikels 16 ist unzulänglich und entspricht nicht dem deutschen Interesse. (Während dieser Ausführungen hatte sich Außenminister Dr. Stresemann zum Wort gemeldet.) Gegen Abrüstungsverpflichtungen der Alliierten sind wir nach Erfahrungen der Versailler Mantelnote, dem Artikel 8 der Völkerbundsatzung u. a. mehr sehr mißtrauisch. Solange die anderen nicht ebenso abrüsten wie wir, uns aber unter Militärkontrolle halten, ist die Gleichberechtigung nicht durchgeführt. (Zurufe rechts.) Im Gegenzug zu der Locarno-Bischofs der anderen Seite halten wir volle Klarheit für nötig.

Wer Angreifer ist, soll also mit vereinter Kraft niedergeschlagen werden? Das sollen wir der Bestimmung des Völkerbundes, womöglich England überlassen? Nach den Erfahrungen seit Jahren können wir dazu kein Vertrauen haben. Die längst fällige Räumung Kölns wird als ein Entgegenkommen für Deutschland hingestellt; der Endtermin der Räumung Kölns ist noch ganz ungewiß, wir sollen ihn wieder durch Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage erlauben. So werden die „Baterländischen Verbände“ der Billfür Severings ausgeliefert. (Lachen links.) Von neuem Geist ist keine Rede, es wird weiter diktiert. Die Revision des Befehlensregimes, selbst wenn sie genügt, hebt das Unrecht der Befehlens nicht auf.

Solange feindliche Truppen auf deutschem Boden stehen, lebt Deutschland nicht im Frieden, sondern in einem aufgezungenen Kriegszustand. Wie unzulänglich die Rückwirkungen sind, beweist das Ausschneiden des rheinischen Zentrumsmannes Arnten aus dem Kabinett.

Die Vorlage ist verfassungsändernd, denn der Eintritt Deutschlands in die überstaatliche „Dachorganisation“ des Völkerbundes bedeutet eine Preisgabe deutscher Hoheitsrechte. Dies sucht der Redner in längeren Ausführungen nachzuweisen, die er auch auf die Schiedsverträge von Locarno ausdehnt, weil sie das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, preisgeben. Die Sache ist zu wichtig, um sie leicht zu nehmen. Die Schweiz hat die Völkerbundsfrage durch Volksabstimmung entschieden.

Sollte die Frage der Verfassungsänderung hier nicht gestellt oder sollte sie verneint werden, so

erheben wir jetzt schon Einspruch gegen die Verkündung des Gesetzes.

das nicht rechtmäßig angenommen sein würde. (Zustimmung rechts.)

Der Redner behauptet dann, daß das Rechtskabinett in Berlin der Paraphierung des Locarno-Paktes in der Weise, wie sie geschehen ist, nicht zugestimmt habe. Damit begründet er den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen, der eine parteipolitische Spitze nicht habe. (Heiterkeit links.) Er bemüht sich dann, die Kritik der linken und Mittelparteien an den Deutschnationalen zu widerlegen. Man hat uns häßlich vorgehalten, wir würden doch umfallen. Da hat man jetzt kein Recht, uns einen Vorwurf aus unserer Konsequenz zu machen. (Verbaltete Zurufe Dr. Wirths und anderer.) Schiele muß sich von einer schweren Operation erholen; er hat mich ausdrücklich ermächtigt, hier zu erklären, daß er aus voller Überzeugung gegen Locarno stimmen würde.

Der „Vorwärts“ hat sogar behauptet, ich hätte bewußt gelogen. Zu Auseinandersetzungen mit den Anpöbelungen des „Vorwärts“ ist hier nicht der richtige Ort. (Alte links.) Der Tatbestand ist folgender: Minister Schiele hat in allen Kabinettsitzungen, in denen Locarno besprochen worden ist, als Vorkämpfer der Deutschnationalen Partei und mit unserer vollen Billigung gesprochen. In der Kabinettsitzung vom 19. Oktober hat er es ausdrücklich abgelehnt, die Locarno-Verträge zu billigen, solange die deutschnationalen Minister nicht Einsicht in den Text genommen hätten. Die Verneinung dieser Billigung bezog sich sowohl auf das materielle Ergebnis von Locarno wie gegen die Paraphierung, die im letzten Augenblick trotz des Einspruches des Kabinetts in Berlin erfolgt war.

Damit ist auch das Märchen von dem lauten freudigen Ja Schieles erledigt, das ja bekanntlich zurückzuführen ist auf eine Indiskretion des Herrn Außenministers. (Große Heiterkeit und Zurufe links: Indiskretion? Also dann ist es wahr!) Es ist auch falsch, daß Schiele am 23. Oktober für die Billigung von Locarno gestimmt sei. Er hat damals nur zugestimmt, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden, um zu einem, mit den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands übereinstimmenden Ergebnis zu gelangen. Am 23. Oktober wurde mit Zustimmung Schieles unser Fraktionsbeschluss gegen Locarno gefaßt.

Unsere und unserer Minister Vorbehalte bezogen sich nicht bloß auf die Rückwirkungen, sondern auch auf das Wert von Locarno selbst. Das habe ich bei der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit dem Reichskanzler, bei der auch Schiele anwesend war, am 21. Oktober vorläufig erklärt. (Zurufe links: Der Locarno-Vertrag ist aber doch als varietur (unabänderlich) bezeichnet! Wir haben verlangt, daß trotz des ne varietur darauf gedrängt werden sollte, den ersten Inhalt des Westpattes noch zu ändern, eventuell sollte das durch eine Ausnahme von dem Grundgesetz ne varietur erreicht werden. (Unhaltende Heiterkeit links und in der Mitte.)) Nach am 22. Oktober wurden wir im Auswärtigen Ausschuss angegriffen, daß wir doch umfallen würden. Das hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir unsere ablehnende Haltung damals schon verkündet haben. Hätten wir es erst jetzt getan, so würden die Vorwürfe gegen uns zwar nicht berechtigterweise, aber um so lauter geworden sein.

Ich komme zum Schluß. (Verbalteter Beifall und Bravo links.) Die Sozialdemokraten, die soviel von unserem Umfall gesprochen haben, die haben selbst in ihrem Fraktionsparlament vor ein paar Wochen beschlossen, daß sie den Locarno-Vertrag in diesem Reichstag nicht ratifizieren würden. Jetzt stimmen sie für Locarno! Mit seltenem Ignoranz hat der „Vorwärts“ geschrieben, er begrüße das Wert von Locarno, weil es ein Canossa-Gang der Deutschnationalen sei.

Weiter behauptet Westarp, daß durch die Politik der Deutschnationalen die heutige Stellung Deutschlands in der Welt nicht verschlechtert worden sei. Große Heiterkeit erregt seine Erklärung, daß die Regierung dieses Sommers eine festere Haltung eingenommen habe, als je eine vorher. Ohne eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands seien die Deutschnationalen zu Sicherheitsverträgen nicht zu haben. In den Garantien von Locarno sei eine wirkliche Sicherheit für Deutschland nicht zu erblicken. Nichts in der Welt könne dem deutschen Volke helfen,

wenn es sich nicht selbst helfe. (Beifall bei den Deutschnationalen; Heiterkeit erregt ein vereinzelter Pfiff.)

Hierauf nimmt das Wort

Abg. Fehrenbach (Z.):

Das Zentrum werde sich bemühen, das Unheil von Versailles gemeinsam mit allen Freunden des Friedens zu beilegen. Von einer erneuten und diesmal freiwilligen Unterzeichnung des Vertrages von Versailles könne keine Rede sein. Die Verträge von Locarno sind als Friedensinstrument gedacht worden. Es müßten sich jetzt aber auch die Wirkungen zeigen. Wir erwarten, daß im Geiste von Locarno die restlichen Entwaffnungsfragen ausgeräumt werden. Unannehmbar mit dem Geiste eines Friedensvertrages, wie der von Locarno, sei es, ein daran beteiligtes Land noch fernherhin mit fremden Truppen besetzt zu halten. Auch die Abstimmung an der Saar könne jetzt nicht mehr bis zum Jahre 1935 hinausgeschoben werden. Durch Locarno sprechen wir keinen Rechtsverzicht auf deutsches Land und Volk aus.

Für die Deutsche Volkspartei spricht Abg. Dr. Scholz. Nach ihm wird voraussichtlich der Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort nehmen.

Die Militärkamarilla.

Wackensen und Ludendorff gegen Hindenburg.

Ludendorff schreibt Artikel und „Offene Briefe“ an Hindenburgs Adresse, um den Reichspräsidenten zu einer neuen Auflage des „persönlichen Regiments“ zu veranlassen.

Die völkische Presse weiß jetzt zu melden, daß auch der pensionierte Generalfeldmarschall Wackensen in gleicher Weise tätig ist. Das heißt, er schreibt nicht Offene Briefe, sondern hat einen geschlossenen Brief an seinen Berufskollegen und jetzigen Reichspräsidenten geschrieben, in dem er Hindenburg auffordert, seinen Namen nicht in den Streit um Locarno ziehen zu lassen und den Vertrag nicht zu unterschreiben.

„Es heißt schwer“, so melden die völkischen Blätter, „den Brief anzubringen.“ Andere hochstehende ehemalige Offiziere seien in entgegengelegtem Sinne tätig gewesen.

Welches Recht, so darf man fragen, haben diese monarchistischen Generale dazu, sich an den Reichspräsidenten heranzudrängen und ihn zu verfassungswidrigen Handlungen zu drängen? Sie mögen von der Wahl Hindenburgs den Eintritt einer neuen Ära in der Richtung erwartet haben, daß nun Hindenburg wie Wilhelm „sein eigener Kanzler“ sein wolle. Aber nachdem Hindenburg, seinem Eid auf Verfassung und Republik getreu, sich an die Verfassung hält, darf nicht gebudelt werden, daß der Verein abgedankter Marschälle den Reichspräsidenten von dem Wege der Pflicht abzuwenden sucht!

Unterzeichnung durch die Botschafter?

Alle Festlichkeiten zum 1. Dezember abgefaßt.

London, 24. November. (WTB.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Graphic“ will wissen, daß eine Mitteilung an die in Betracht kommenden Regierungen bevorsteht, in der diese ersucht werden, ihre Botschafter in London anzuweisen, den Locarnovertrag namens ihrer Länder zu unterzeichnen. Mit Rücksicht auf den Tod der Königin-Mutter Alexandra sind alle Festlichkeiten, die anlässlich der bevorstehenden Unterzeichnung der Locarnoverträge vorgesehen waren, abgefaßt worden.

Schwankende Börse.

An der heutigen Vorbörse verursachte die leichte Besserung des Frankens, das Dementi der Rhein-Elbe-Union und verschiedene Auslandsaufträge, namentlich der UCB und Badische Anilin, eine zufriedlichere Stimmung, so daß die ersten Kurse behauptet waren, dann trat eine neuerliche Verstimmung ein, da der Frank auf 125 zurückging und der neueste Bericht der Bohumer Handelskammer als pessimistische Warnung zur Vorsicht mahnt. Ein Anstoß zur Belebung ging darauf von Harpener aus, die 1 1/2 Proz. höher notierten. Die Tendenz war leicht beseligt zu nennen. Schwankungen hielten an.

Die „Guistizia“ darf wieder erscheinen.

Aber nicht als Parteiorgan.

Mailand, 24. November. (EP.) Die Zeitungen „Guistizia“, „Avanti“ und die kommunistische „Unita“, die ihr Erscheinen nach dem Attentat auf Mussolini hatten einstellen müssen, dürfen wieder erscheinen.

Die „Guistizia“ muß an ihrem Kopf jedoch den Unterschied „Offizielles Organ der sozialistisch-unikarischen Partei“ entfernen, da diese Partei aufgelöst ist.

Landtagseröffnung in Memel.

Zum Beginn der Selbstverwaltung.

Memel, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Gestern wurde der Memelländische Landtag von dem litauischen Gouverneur des Memel-Schieles feierlich eröffnet. Der Gouverneur hielt eine längere Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß ein enges Zusammenarbeiten in Memelgebiet und der Zentralregierung in Romna einlegen würde. Er hob im einzelnen die verschiedenen Seiten der memelländischen Wirtschaft hervor und legte u. a. zu der Arbeiterfrage, daß sich die Lage der Arbeiter verschlechtert habe und daß der Landtag in diesem Winter Arbeit zu schaffen und für Arbeitslosenunterstützung zu sorgen habe, damit die Arbeiter über die schweren Zeiten hinwegkommen.

Zum Präsidenten des Landtages wurde darauf einstimmig der Handelskammerpräsident Kraus gewählt. Dieser erklärte, daß sich die Memelländer ihrer Pflichten als Staatsbürger wohl bewußt seien. Sie hätten aber an dieser Stelle eine Ehrenpflicht zu erfüllen. Seit Jahrhunderten sei das Memelgebiet mit Preußen-Deutschland verbunden gewesen und habe an allen seinen Kulturfortschritten teilnehmen können. Dafür müssen die Memelländer ihrem alten Vaterland ihren herzlichsten Dank aussprechen. Die Memelländer hätten den Wunsch, daß die politischen Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland die besten seien und daß besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den beiden Staaten so günstig wie nur möglich gestaltet würden, denn nur unter diesen Umständen könne die memelländische Wirtschaft erhalten bleiben.

Darauf wurde eine Resolution eingebracht, in der von dem Gouverneur verlangt wurde, sofort einen Präsidenten für das neuzubildende Landesdirektorium zu ernennen, da der Landtag zu dem letzten Direktorium kein Vertrauen hat.

Citwinow gegen den Völkerbund. Die Moskauer Regierung ergänzt die Delegation Clara Zetkins zur Locarno-Debatte des Reichstages mit einer Presseerklärung gegen den Völkerbund. Sitzwinow bezeichnet die jüngste offensichtliche Schwankung der sowjetrussischen Politik zur Mitarbeit „an jedem christlichen internationalen Friedenswert“ für ein unbegründetes Gerücht.

Feierstunden.

Aus den zahllosen Kneipen dringt Alkoholgeruch und Licht und Wärme. Tot und still liegt dazwischen ein langgestrecktes graues Gebäude: eine Schule, deren Tagesarbeit längst beendet ist; die große, schwere Holztür scheint verschlossen. Rein, sie ist's doch nicht; dann und wann läßt sie eine dunkle Gestalt ein, um aber danach gleich wieder dem Vorübergehenden den Eindruck völliger Unzugänglichkeit zu erwecken. Und schnell eilt er weiter. Denn das Bild, das ihm die Straße heute am Sonnabend abend bietet, ist von einer erdrückenden Traurigkeit: Frauen, die ihre berauschten Männer vergebens zu überreden versuchen, mit nach Hause zu kommen; eine Prügelei zwischen Betrunknen; und überall Gasthaustüren, die kaum einen Augenblick stille stehen.

Wer aber mit durch den dunklen Eingang geschlüpft ist, der sieht ein anderes Feierabendbild: eilige Menschen, die die Treppe zur Aula emporsteigen, und in reinlich gebürsteten Kleidern, die Männer mit schneeweißen Kragen, die Jungen oft mit dunkelrot gefärbten Händen, den hellen Saal füllen. An dreihundert mögen erschienen sein, um Erläuterungen zu Beethovens dritter Beonoren-Ouvertüre und der Reunten Sinfonie zu empfangen. Die Veranstaltung beginnt um halb acht, zu früh für viele Arbeitende, die nun zu spät kommen müssen; aber auf Zehenspitzen gehen sie vorwärts und nehmen auf den letzten Stufen Platz, um nicht zu stören. Der Vortragende, Dr. Ernst Joll, spricht verhältnismäßig leise; doch kein Husten, kein Geräusch erschwert das Verständnis, denn niemand möchte ein Wort von den Ausführungen verlieren. Viele haben wahrscheinlich Radio zu Hause, kennen dadurch die Namen der großen Komponisten und hören ihre Werke, die ihnen aber häufig wohl nichts anderes als ein angenehmes Geräusch, oft vielleicht nicht einmal das sind. Selbst wenn ihnen irgendein Motiv nahe kommt, in seinen Variationen, in der Verknüpfung mit anderen entgleitet es ihnen wieder. Jetzt folgen sie aufmerksam den Erläuterungen am Flügel, die in einer vorbildlichen Weise gegeben werden. Denn hier steht nicht ein Musiker, der zwar das Werk liebt, sich aber eben nur herabläßt, Laien davon zu sprechen, die dann, um ein paar Fremdwörter reicher, heimgehen dürfen. Dr. Joll ist jede Ueberhebung fern; als Kunstbegeisterter fühlt er sich unter Begeisterungsfähigen, und er versteht es, die schlummernde Eigenschaft zu wecken. Große Menschen treten nach anderthalb reichen Stunden den Heimweg an.

Zur Unkostenbedeckung wurde für diesen Vortragsabend vom Volkshochschulverein Friedrichshain in dem Andreas-Realschulsaal in der Kopenstraße ein Eintrittsgeld von — zehn Pfennigen erhoben; Karten für den Konzertabend im Saalbau Friedrichshain am 27. kosten 75 Pfennig.

Auch die Aboag rüftet.

Leichtmetall-Omnibusse.

Es hat den Anschein, als ob die beiden Berliner Verkehrsunternehmungen, die Berliner Straßenbahn und die Aboag, mit modernem Wagenmaterial und sonstigen Neuerungen die Gunst der Fahrgäste erringen möchte. Während auf der Straßenbahn ein Standardwaggon — die gelben, flachen Triebwagen und Anhänger — gefahren worden ist, hört man von der Aboag immer wieder von beabsichtigten Neuerungen. So soll z. B. für die Dauer der diesjährigen Deutschen Automobilausstellung von der Aboag zwischen dem Schloss (Unter den Linden) und den Ausstellungshallen am Kaiserdamm ein überdachter Leichtmetall-Omnibus in den Verkehr gestellt werden. Neugierlich ist dieser Wagen schon an seiner silberweißen Farbe kennlich. Es handelt sich um einen Leichtmetall-Omnibus mit Niederfahrgestell, dessen Leichtmetallkarosserie von der Luftschiffbau-Zeppelin-G. m. b. H. hergestellt wurde. Für die Karosserie wird eine neuerdings herausgebrachte Leichtmetalllegierung, sogenanntes „Deural“, verwendet, das eine lange Lebensdauer und äußerste Widerstandsfähigkeit besitzt. Die äußere Verschalung des Gerippes, sowie das gemöblierte Dach bestehen aus Aluminiumblech. Bei dieser Karosserie hat man von einer Lasterung abgesehen und die Oberfläche nach einem besonderen Verfahren matt geätzt. Dieser Leichtmetall-Omnibus wird vor anderen Wagen manchen Vorteil haben. So ist z. B. der Leichtmetallbau um rund 1000 kg, d. h. um etwa ein Drittel, leichter als ähnliche Aufbauten aus Holz. Der Wagen wird sich schneller fortbewegen können. Eine weniger erfreuliche Nachricht ist, daß die Aboag die Aboag, am 1. Dezember d. J. eine neue Autobuslinie (24) zwischen Birchow-Krankenhaus und Hermannplatz in Reußpark zu eröffnen, vorläufig zunächst genehmigt ist, da bekanntlich die Hohreithstraße im Zuge der Grünauer Straße einem Umbau unterzogen wird, der sich noch verschiedene Wochen hinziehen dürfte. Die Aboag hofft aber, daß die Behörde die bereits grundsätzlich erteilte Genehmigung zu einer anderen Linienführung abgeben wird. So ist u. a. eine Linienführung geplant, die von der Badstraße über den Rosenthaler Platz, Alexanderplatz, Brückenstraße, Köpenicker Straße, nach dem Schießischen Tor gehen soll. Wenn diese Linienführung zustande kommt, wird dadurch der berechtigten Klage der Bewohner des Nordens, eine durchgehende Fahrverbindung nach dem Osten zu erhalten, Abhilfe geschaffen werden. Die Zahl der Doppeldecker-Aboag-Wagen, die den ungeteilten Beifall der Berliner Fahrgäste gefunden haben, wird im Laufe dieser Woche um mehrere neue Wagen bereichert werden. So werden auf den Autobuslinien zwei 5 f ü n f Doppeldecker in den Verkehr gestellt werden, die sich von den bereits im Betrieb befindlichen neuen Autobussen dadurch unterscheiden, daß sie auf dem Dach statt längsgehende Querreihe haben. Gleichfalls läuft seit einigen Tagen auf der Linie Mariendorf — Sichtenrade ein überdachter Doppeldecker. Diese Einrichtung wird den Wagen und Wägen der Mariendorfer und Lichtenrader Einnahmer Rechnung tragen. Der letzte Wagen geht allerdings von Mariendorf schon um 9 Uhr abends ab. Die Aboag sollte den Wochenfahrplan dieser Linie besonders in den Abendstunden unbedingt erweitern.

Geld stinkt nicht.

„Geld stinkt nicht“, sagte ein römischer Kaiser. Auch die Berliner Ärztekammer, die vor lauter Standesehre häufig vom Götterwahn besessen wird, scheint der gleichen Auffassung zu sein. Sie läßt den dreimal verlustigten Ambulatoriums- und B. A. B.-Ärzten Zahlungsaufforderungen für ihre Kasse zugehen mit der freundlichen Anrede „Sehr geehrter Herr Kollege“. Für 20 M. Grundgebühr („da unser Kassenbestand nahezu erschöpft ist“) kann also jeder Ambulatoriums- und B. A. B.-Arzt als „sehr geehrter Herr Kollege“ mit „kollegialer Hochachtung“ wieder „handeswürdig“ werden. Außer dieser an sich lächerlichen Seite der Angelegenheit, die aber den Charakter gewisser ärztlicher Standesinstitutionen trefflich beleuchtet, hat dieser Ärztekammerbeitrag noch eine sehr ernste Auswirkung. Mit diesem Geld — denn wenn der „sehr geehrte Herr Kollege“ trotz der Zahlungsaufforderung mit „kollegialer Hochachtung“ nicht zahlt, wird ihm der Gerichtsvollzieher geschickt — also mit diesem durch Zahlungszwang erlangten Geld werden unter anderem die ärztlichen Ehrengerichte, besser Ausnahmegerichte, finanziert, die nachgewiesenermaßen sehr häufig Urteile fällen, die den Interessen des arbeitenden Volkes direkt entgegengekehrt sind. Aber auch der erbitterte Kampf gegen alle Einrichtungen der Sozialversicherung wird von dieser Ärztekammer — mit grimmiger

an den Protest gegen Errichtung der geburtsärztlichen Klinik im Cecilienhaus — geführt. Es ist höchste Zeit, daß diese Ausnahmegerichte und reaktionären Standeseinrichtungen mit ihren Verstoßen gegen die Reichsverfassung aufgehoben werden. Der Zwang zur Zahlung des Kassenbeitrags ist gleich einem Koalitionszwang, der auf Grund der Reichsverfassung unzulässig ist. Der Wert dieser Einrichtung zur Hüftung und Hebung der ärztlichen Standesehre und Standesehre wird aber noch vermehrt durch die Mitgliedschaft der Herren Sanitätsräte Dr. Ritter, Sternberg, Scheyer, Hoth, Freudenthal und Wreschner, die bei der Berliner Ärzteschaft als die ärztlichen „Gewerkschaftsführer“ bekannt sind, die sich die 15000 Mark als Ehrenlohn aus den gesammelten Streitgeldern zuschulden liehen.

Dr. Breslins Gründungen.

Ein „Finanzgenie“.

Der Kaufmann und Herausgeber Dr. Breslin, der kürzlich von der Beleidigung der Berliner Anwaltschaft freigesprochen wurde, mußte sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges verantworten. Für den Angeklagten war das anscheinend wieder ein willkommener Grund, seine „Kämpfernatur“ vor der Öffentlichkeit in das richtige Licht zu setzen. Er zeigte deutlich, wie man wohl ein „umfangreiches Wissen“ absolut, sich selbst aber nur recht wenig beherrschen kann. Sein Benehmen vor Gericht trug ihm eine Ordnungsstrafe von 50 Mark ein.

Im Jahre 1923 hatte Dr. Breslin in Gemeinschaft mit dem Prinzen Bentheim die Zentropa-Finanz-A. G. ins Leben gerufen. Als vermittelnde Firma war dieser Gesellschaft die Union-Franco-Anglaise angegliedert, an der Dr. Breslin ebenfalls erheblich beteiligt war. Der Hauptzweck dieser beiden Gründungen bestand in der Unterbringung sogenannter Zertifikate über je 1 Pfund Sterling in englischen Banktreisen. Dr. Breslin bot nun in allen Zeitungen Kapitalien an und erklärte den Interessenten, daß er die gewünschten Hypothekenträge teils in bar zahlen, zum anderen größten Teil aber Zentropa-Zertifikate geben würde. Mit den letzteren konnten die Geldsuchenden natürlich nichts anfangen. Gegen diese Art von Geldgeschäften wäre vielleicht nichts einzuwenden gewesen, so lange man den Zertifikaten einen tatsächlichen Wert zusprach. Aber der Angeklagte hat in zahlreichen Fällen vorher Beilegungsgelder für die zu belastenden Grundstücke zahlen lassen. Von dieser Gesellschaft des Dr. Breslin, der sich selbst in der Verhandlung nicht oft genug ein „Finanzgenie“ nennen konnte, hörte ein ostmärkischer Vermittler, der in Berlin mit Geldleuten Fühlung nehmen wollte. Das Versprechen, wertlose Papiere bis zu 90 Proz. aufzuwerten, verleitete seinen Zweck nicht. Der Ostmärker trat mit dem Unternehmen in Verhandlung und erfuhr, daß er zunächst einmal 50000 Mark für Propagandazwecke zur Verfügung stellen müsse, um dann in vier Wochen eventuell 3 Millionen Mark zu erhalten. Außerdem würde man ihn auch noch als „Geschäftsfreund“ betrachten. Dasselbe „Ansehen“ genossen aber auch die vielen kleinen Leute, die Reichsbanknoten, Pfandbriefe und andere Papiere brachten. Sie mußten monatlich 1 bis 3 M. zahlen, nach 15 Jahren sollte ihnen dann in voller Höhe der Renntwert der Noten und Papiere ausgehändigt werden. Als der neue Kunde hierüber bedenklich den Kopf schüttelte, brach Dr. Breslin sofort jede weitere Verhandlung mit den Worten ab: „Wer sind Sie?! — Wer bin — ich!“ Der Ostmärker glaubte nun, einem Darlehensschwindler in die Hände gefallen zu sein und erstattete Anzeige. Das Selbstbewußtsein Dr. Breslins, seine ungeheuren Ueberhebungen führten in der Verhandlung zu sehr heftigen Zusammenstößen mit dem Vorsitzenden. Jeden Zeugen, der den Angeklagten irgendwie belastete, beantragte Breslin, auf seinen Geisteszustand untersucht zu lassen. Als der Staatsanwalt in seinem Antrage den Betrug für erwiesen erachtete und eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten vorschlug, bezeichnete der Angeklagte diese Ausführungen als „wenig geistvoll“. Weitere Zusätze trugen ihm dann die eingangs erwähnte Ordnungsstrafe von 50 Mark ein. In seinen letzten Ausführungen verlor sich Dr. Breslin dann derartig ins Uferlose, daß er vom Vorsitzenden zur Sachlichkeit ermahnt wurde. Nun verzichtete der Angeklagte gänzlich auf das Wort. Noch einmal befragt, was er denn beantrage, brach das bekannte „Finanzgenie“ in die Worte aus: „Ich beantrage, mich zum Wirtschaftsdiktator von Deutschland zu ernennen!“ Das Gericht konnte sich dazu leider nicht entschließen, beschloß aber, den „kommenden Mann“ vorerst einmal wegen fortgesetzten vollendeten und versuchten Betruges auf 6 Monate ins Gefängnis zu schicken.

„Verlernen Sie das Schießen nicht!“

In der Friedrichstraße befindet sich ein Waffengeschäft, das sich zum Weihnachtseinkauf auf ganz eigene Weise geschmückt hat. Hoch oben prangt eine Leinwand, auf der sich in fetten Buchstaben der charakteristische Satz befindet: „Verlernen Sie das Schießen nicht!“ „Friede auf Erden“ ist diese kriegerische Geschäftswerbung des Weihnachtsschlages nun wohl allerdings nicht. Darüber hinaus ist der Satz des die Schießfertigkeit seiner Wägen so befragten Waffenhändlers eine grobe Taktlosigkeit. Verlernt das Schießen nicht...! Hat der brave Waffenhändler noch nicht genug von dem 4-Jahre-Wort des Weltkrieges, der 10 Millionen Tote auf dem Gewissen hat? Oder denkt er vielleicht, daß die Konjunktur der württembergischen Räder aus dem Hinterhalt mit Handgranaten und Raschlinggewehrpatronen wieder naht? Gibt es Waffenhändler mit der nötigen Routine im Niederstehen zu verstehen? Die Geschäftsbefürworter des Herrn in Ehren, hier aber ist verächtlichste Spekulation am Werke, die animalischen Instinkte der ehrenwerten Hakenkreuzler für die Geschäftskasse auszunutzen. Das ist nicht mehr die Entgegnung eines überreizten Reklamehelds, sondern ein System von gefährlicher Bedenklosigkeit. Hiergegen mit größter Energie Front zu machen, ist Sache der Leute, die das Brauen an der Front vier Jahre mitgemacht haben. Das sind die Massen des wertvollen Volkes. Wir verzichten auf weitere Schießfertigkeit! Und sollte darüber auch die hoffnungsvolle Weihnachtskonjunktur des Schießhändlers zum Teufel gehen.

„Donnerwetter, mein schöner Priem!“

Hunderte von Opfern hat ein Schwindler gefunden, der jetzt endlich unschuldig gemacht wurde. Es ist der Mann mit dem Priem, über dessen Auftreten wir öfter berichteten. Er stellte sich frühmorgens bald hier, bald da in einer der Straßen auf, durch die viele Arbeiter zu ihren Betrieben gehen. Wüßlich blickte er sich mit den Worten: „Donnerwetter, mein schöner Priem!“ und hob tatsächlich einen Priem von der Straße wieder auf und schob ihn von neuem in den Mund. Wenn er so die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, erklärte er den Leuten, die ihn mit einigem Staunen betrachteten: „Ja, ja, heute muß man mit allem sparsam umgehen, denn es ist ja alles so fürchterlich teuer.“ Auf diese Weise kam er mit den Leuten ins Gespräch, erzählte, daß er billige Kohlen verschaffen könne und verlangte schließlich von den Gutgläubigen eine Unterschrift, mit der er zu den Ehefrauen ging und sich Geld für den Einkauf der billigen Kohlen geben ließ. Mit dem Geld verschwand er natürlich. Sofern morgen stand der Schwindler wieder in der Nähe einer Fabrik. Eben hatte er seinen Priem wieder lassen lassen, als ein Arbeiter, den er früher

betrogen hatte, auf ihn aufmerksam wurde und ihn festnehmen ließ. Vor der Kriminalpolizei leugnete der endlich Ertrappe, ein 50 Jahre alter Sachhändler Felix Kirmes, anfangs, gab aber endlich alles zu. Seine einzige Bitte war schließlich, ihm wenigstens einen Priem zu verschaffen, ohne den er nicht leben könne. Dieser Bitte entsprach man, und jetzt ergab sich, daß er statt Tabak zuletzt ein Stück Gardinen schnur gekauft hatte. Dem neuen Priem versehen, ließ er sich ruhig abführen.

Die Haftbeschwerde der Gräfin Bothmer.

Wie wir erfahren, ist die Gräfin Bothmer im Potsdamer Untersuchungsgefängnis erneut durch den Gerichtsarzt auf ihre Haftfähigkeit untersucht worden, und das Gutachten hierüber wird zusammen mit der vom Rechtsanwalt Dr. Brandt (Berlin) eingereichten Haftbeschwerde am Mittwoch vom Landgerichtsdirektor Hellwig geprüft und entschieden werden. In der Haftbeschwerde wird darauf hingewiesen, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Inhaftierung der Angeklagten bis zur Beurteilungsverhandlung nicht angängig sei, da lediglich bei Schwerverbrechen, Mordern usw. die Gerichte eine derartige Vorrichtungsnahme beobachten, während bei Bagatelldiebstählen das Verbleiben der Angeklagten in der Untersuchungshaft eine durchaus ungewöhnliche Maßnahme sei. Wie wir weiter erfahren, haben sich übrigens jetzt auch mehrere große Frauenverbände, darunter der Bund für Mütterchutz, mit dem Fall der Gräfin Bothmer sehr eingehend befaßt.

Ein hartnäckiger Selbstmörder.

Der 24 Jahre alte Lothar B. aus der Helmstr. 11 in Schöneberg hat verschiedene Male versucht, sich aus diesem Dasein in eine andere Welt zu befördern. Jedemal konnte der Selbstmordkandidat gerettet werden. Soeben wiederhergestellt, unternahm er am gestrigen Sonntag einen erneuten Selbstmordversuch. Er stürzte sich aus dem zweiten Stockwerk in den Hofsturzgang hinab, wo er bewußtlos liegen blieb. Ein Wagen des städtischen Rettungsdienstes brachte den Verletzten nach dem St. Norbert-Krankenhaus, wo ein Schädelbruch festgestellt wurde. Die Verletzung ist zwar schwer, doch nicht lebensgefährlich. So ist ihm auch dieser Selbstmordversuch wieder mißglückt.

Eine leichtfertige Wette.

Der Schlosserlehrling Heß hatte am Sonntag mit mehreren Freunden eine Radpartie nach Kremmen unternommen. Als sie auf dem Denkmalsberg, der nach der Stadt Kremmen zu ziemlich steil abfällt, angelangt waren, wartete er, den Berg hinabfahren zu können, ohne die Bremse zu benutzen. Trotz mehrfacher Warnungen fuhr er los, verlor die Gewalt über das Rad und fuhr unten angekommen auf einen vor ihm fahrenden Lastwagen auf, so daß er in weitem Bogen auf die Straße geschleudert wurde, wo er benommen liegen blieb. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo er mit einer schweren Gehirnerschütterung dantederlegt.

Die Eröffnung der Deutschen Automobilausstellung.

Am Donnerstag, 26. November, vormittags 11 Uhr, findet die Eröffnung der Deutschen Automobilausstellung Berlin 1925 in der alten Ausstellungshallen am Kaiserdamm statt. Die Ausstellung ist von morgens 10 bis abends 9 Uhr geöffnet, die Eintrittsgelder betragen für den Vormittag bis 1 Uhr 5 M. und für den Nachmittag 2 M. Zum Besuche der Ausstellung wird die Aboag während der Zeit vom 26. November bis zum 6. Dezember einen Autobussonderverkehr am Alexanderplatz, über die Straße Unter den Linden, Potsdamer Platz, Bülowplatz, Wittenbergplatz, Bahnhof Zoo, Kaiserdamm, unterhalten.

Die Ausstellung steht im Augenblick unter keinem günstigen Stern. Sie fällt in eine Abwärtsphase, die bereits verschärfte Formen angenommen hat. Die Förderung, weniger modern zu konstruieren als vorhandene Konstruktionen auf fabrikatorischer Basis penälicher durchzuführen, ist diesmal auf der Ausstellung scharfer durchgeführt. Mehr und mehr wird von den einzelnen Werken die Herstellung verschiedenartiger Typen, die eine Serienfabrikation nur hemmen, verlassen, und die Einstellung auf Einheitstypen durchgeführt. Während im Jahre 1924 von 88 Fabriken 146 Modelle gebaut wurden, werden in diesem Jahre von 52 Firmen 79 Modelle hergestellt. Man sieht also nicht nur eine Abnahme der automobildauenden Firmen, sondern auch eine Abnahme der von der einzelnen Firma hergestellten Modellzahl. Es entfielen im Jahre 1924 auf das einzelne Werk 1,7 Modelle, während in diesem Jahre 1,5 Modelle je Firma gebaut werden, eine Entwicklung in der Beschränkung der Typenzahl, die sich immer weiter durchzieht.

Im Alter von 70 Jahren ist am 20. November die Genossin Marie Jacoben, Thurneher Straße, verstorben. Ein Leben voller Mühe und Arbeit, ein Leben voller Kampf ist damit beendet. Genossin Jacoben hat die Not des Lebens in allem kennen gelernt, was das Dasein der Arbeiterfrau mit sich bringt. Schon ihrem Gatten, dem nachmaligen Vorwärtsredakteur August Jacoben, war sie eine treue Mitkämpferin. Aber alle Mühe und Not des Lebens ließen ihr immer Zeit, für die Partei weiter zu wirken. Schon im Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse war sie tätig, in der Kleinarbeit für die Partei unermüdet. Es ist wohl keine Veranstaltung vergangen, besonders im alten 6. Wahlkreis, an der die Genossin Jacoben nicht teilgenommen hat. Mit zäher Beharrlichkeit hat sie Listenfassungen durchgeführt. Über ihr Sondergebiet war die Agitation von Mund zu Mund. Wer die Genossin Jacoben beobachten konnte, wie sie unter der Arbeiterchaft und besonders unter den Frauen aufklärend zu wirken suchte, wer die leuchtenden Augen in dem alten freundlichen Gesicht sah, der mußte: hier ist ein Geist, der jung geblieben ist trotz aller Mühe und Not. Und ihr starker Wille zur Partei und zum Sozialismus ist es, was von der lieben alten Genossin Jacoben unter uns weiterleben wird.

Humboldtbad. Die Modelle des Panoramas, der Schwimmhalle und der Kunstbahn von dem in Reinickendorf geplanten Riesenhallenbad, worüber wir am 12. B. berichteten, sind seit gestern in einem Schaufenster des Warenhauses Wertheim am Leipziger Platz ausgestellt.

Der große Republik-Film „Freies Volk“ läuft vom Freitag, den 27. November, ab auch in den Concordia-Palast, Lichtspiel, Unterbrechtstraße 64.

Beethoven's Neunte Symphonie wird am Freitag, den 27. November, abends 7 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, im Friedrichshain 16-22, im Rahmen eines großen Orchesterkonzertes des Volksbildungsamtes Friedrichshain gegeben. Der Eintrittspreis ist auf nur 75 Pf. festgelegt und ermöglicht somit auch den weniger Begüterten den Besuch dieser einzigartigen musikalischen Festschau.

Internationales Schachturnier in Moskau. In der Partie Rudin gegen Radinowitsch siegte Radinowitsch, in der Partie Golikoff gegen Duschomirski siegte Duschomirski. Die Partie Subarew gegen Tartakower wurde remis, ebenso wie die Partie Samitsch gegen Laementitsch, die Partie Bogoljubow gegen Marzhal, die Partie Capablanca gegen Torre, die Partie Rastor gegen Reti und die Partie Grünfeld gegen Bogoljubow. Die Partie Romanowitsch gegen Berlinitsch wurde abgebrochen, ebenso die Partie Pates gegen Genewitsch.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Zentowitz, Schulhaus Köpenick 7-9, eröffnet am morgigen Tag Frankfurter Allee 31, ihre 5. Filiale. Wir empfehlen unsere Leser auf das häufige Besuchen des genannten Filiale.

Berlin steht Kopf



eröffne ich
Frankfurter Allee 51*
Ecke Niederbarnimstr.
meine 5. Filiale!
Aus diesem Anlaß

Wunder ist:
vom 25. November / 5. Dezember =

zum 50. Jubiläum
von *Luxor* oder *Dampfschuhen* das *einzigste* Paar

zum 500. Jubiläum
von *Luxor* oder *Dampfschuhen*

zum goldenen ^{14^{ter} Anniversar} **Uhr**

<p>Kamelhaar Schuhe M. 1 75</p>	<p>Kamelhaar Schuhe M. 1 85</p>	<p>Spangenschuhe M. 3 90</p>	<p>Arbeitsstiefel M. 6 95</p>	<p>Herrn Rindbox Stf. M. 7 50</p>
<p>Sack Spangensch. M. 6 75</p>	<p>Moderne Halbschuhe M. 4 95</p>	<p>Sehr elegant M. 11 50</p>	<p>Sack mit Einsatz M. 15 75</p>	<p>Nubuck Die gr. Mode M. 16 25</p>

L. Lewkowitsch

FRANKFURTER ALLEE 51* ECKE NIEDERBARNIMSTR.